

⇒ Karin Priester



Populismus – vom Begriff zum Unwort. Dirk Jörke und Veith Selk führen in den Populismus ein

JUNIUS

Populismus ist zum einen ein Realphänomen, zum anderen ein ideologisches Konstrukt. Das größte Problem bei der Definition von Populismus liegt nicht so sehr in länderspezifischen und programmatischen Unterschieden, sondern in der Funktion von Populismus als ideologischem Kampfbegriff. Parteipolitiker und führende Printmedien, das öffentlich-rechtliche Fernsehen und der liberale kulturelle *mainstream* sind sich einig: Populismus gehört zum Reich der niederen Dämonen und ist eine Gefahr für die westliche Wertegemeinschaft. Funktional hat er die Rolle des Faschismus in der Zwischenkriegszeit und des Kommunismus während des Kalten Krieges übernommen.

Ideologische Kampfbegriffe entziehen sich definitorischen Festlegungen und sind grundsätzlich unscharf, verschwommen und dehnbar. Wenn also beklagt wird, der Begriff sei schwammig und lasse sich nicht fassen, so liegt das nicht zuletzt an seiner politischen Instrumentalisierung, die eben das intendiert, was allein dem Populismus zugeschrieben wird: die Konstruktion von ›Wir‹ (die rationalen, politischen und kulturellen Eliten) und ›Sie‹ (das emotional leicht entflammbare, von Demagogen mobilisierte Volk). Wenn man den quasi genetischen Unverstand des Volkes schon nicht durch Entzug des Wahlrechts in Schach halten kann, so wenigstens durch Entpolitisierung politischer Entscheidungen, die einfach zu kompliziert seien, um sie vom Votum des ›gemeinen Mannes‹ abhängig zu machen.

Vor diesem Hintergrund ist hier ein Buch vorzustellen, das eine Schneise in das Dickicht unterschiedlicher Erklärungsansätze und Theorien über den Populismus schlägt. Angesichts der Publikationsflut zum Thema war ein solcher einführender Leitfaden überfällig. Auf knappem Raum gelingt den Darmstädter Politikwissenschaftlern Dirk

Jörke und Veith Selk ein instruktiver Überblick über populistische Strömungen in den USA, in Lateinamerika und in Europa.

Im Zentrum ihres Buches stehen drei zentrale, systematisch behandelte Fragen: Was ist Popu-

Dirk Jörke / Veith Selk (2017): Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg: Junius. 192 S., ISBN 978-3-88506-798-6, EUR 14,90.

DOI: [10.18156/eug-1-2018-rez-7](https://doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-7)

lismus? Warum entsteht er? Wie ist er zu bewerten? Jenseits der apriorischen Verurteilung von Populismus verwenden die Autoren den Begriff explanativ, analytisch oder diagnostisch (vgl. 10). Im Anschluss an Max Weber versuchen sie, das Phänomen zunächst werturteilsfrei zu erklären und zu verstehen. Erst danach können Werturteile, von denen auch Wissenschaftler nicht frei sind, gefällt werden. Die veröffentlichte Meinung verfährt umgekehrt: Vor jeder Ursachenforschung wird ge- und verurteilt und nach Strategien gefragt, wie man das dämonisierte Objekt bekämpfen könne.

Die These der Verfasser lautet, Populismus sei eine Reaktion auf die nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie (vgl. 13). Der Widerspruch zwischen dem Ideal von Freiheit und Gleichheit und der Wirklichkeit, der Herrschaft von Eliten, bilde den Nährboden für Populismus. Eine Elite oder Oligarchie habe das Heft in der Hand und mache bestenfalls Politik *für* das Volk, schlimmstenfalls aber *gegen* das Volk. Damit sprechen die Verfasser zwei zentrale demokratie- und verfassungstheoretische Fragen an: Wer ist in der modernen Demokratie der Souverän, d.h. der oberste Gesetzgeber? Und welche Veränderungen rechtfertigen die Diagnose, Populismus sei eine Reaktion auf den ›postdemokratischen Liberalismus‹?

Wie Populismusforscher (Canovan 1999, Mény/Surel 2002) schon vor mehr als 15. Jahren hervorgehoben haben, beruhen moderne Demokratien auf zwei Pfeilern oder Säulen: dem Rechtsstaat (*rule of law*) und der Demokratie, die in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Der historisch ältere Rechtsstaat garantiert die Freiheit des Individuums, den Schutz seines Eigentums sowie Gleichheit vor dem Gesetz. Demokratie beruht demgegenüber auf dem Prinzip der Volkssouveränität, d.h. das Staatsvolk ist alleiniger Inhaber der verfassunggebenden Gewalt (vgl. GG, Präambel). Die konstituierte Staatsgewalt geht erst aus den Staatszielbestimmungen der Verfassung hervor und bezieht daraus ihre Legitimation.

Der strittige Punkt ist nun folgender: Sind Demokratie und Rechtsstaat gegenläufige Prinzipien oder ergänzen sie einander? Liberale postulieren den Vorrang des Rechts vor der Willensäußerung des Volkes. Demokratie sei kein bloßes Willensgebilde, sondern ein Rechtsgebilde. Die verfassunggebende Gewalt, d.h. die Volkssouveränität, sei durch überpositives Recht (z.B. das Naturrecht auf Menschenwürde) *a priori* eingeschränkt. Demokratie brauche eine ihr vorgeordnete Begrenzung, die folglich nicht demokratisch legitimiert sein kann. Liberale machen geltend, man könne es mit der Demokratie auch übertreiben. Im Rechtsstaat sehen sie daher keine Ergänzung, sondern ein Gegengewicht zur Demokratie. Demgegenüber beharrt der Grundsatz

der Volkssouveränität darauf, dass die verfassunggebende Macht des Volkes eine *vor-verfassungsrechtliche*, originäre, ursprüngliche Macht sei, aus der demokratische Legitimation erst hervorgehe.

Ein weiterer Konflikt ergibt sich daraus, dass das Grundgesetz nicht nur den Rechtsstaat, sondern auch den Sozialstaat zu den Staatszielbestimmungen erklärt (GG, Art. 20 und 28). Seit Beginn der Bundesrepublik haben liberalkonservative Juristen wie beispielsweise Ernst Forsthoff (1971 und 1976) daher nicht nur das Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat als antinomisch kritisiert, sondern auch das Verhältnis von Sozialstaat und Rechtsstaat. Der Begriff ›sozialer Rechtsstaat‹ sei ein Widerspruch in sich. Der Rechtsstaat schütze die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat; der Sozialstaat unterminiere dagegen diese Freiheit vom Staat durch staatliche Intervention in die sozialen Beziehungen. Das Rechtsstaatsprinzip werde ausgehöhlt, wenn es einem ›allgemeinen Interesse‹ oder einem Gemeinwohl unterworfen werde.

Es zeigt sich nun, dass unter der Hegemonie des Neoliberalismus eine massive Verlagerung der Gewichte der beiden Säulen der modernen Demokratie zugunsten des Rechtsstaats und zulasten der Demokratie (und der Sozialstaatsklausel) stattfindet. Von Volkssouveränität ist kaum noch die Rede, ja sie wird sogar als Einfallstor für Totalitarismus gesehen. Überdies sei sie obsolet, da es mit Blick auf die EU ohnehin kein europäisches Volk gäbe.

Diese konfligierenden Sichtweisen zwischen dem Volk als konstituierender Willensgemeinschaft und dem Volk als Rechtsgemeinschaft liegen dem populistischen Widerstand zugrunde. Der Kerngedanke lautet: Unter der Vorherrschaft des liberalen Rechtsstaatsprinzips hat der Einzelne zwar Rechte auf den Schutz seiner Person, seiner Freiheit und seines Eigentums, aber das demokratische Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung wird ihm zugunsten einer vermeintlich aufgeklärten Elite entzogen.

Demokratie ist daher keine Herrschaftsform, die ihre Legitimation nur aus der »Zustimmung« (58) der Bürgerschaft ableitet, wie die Autoren schreiben. Auch im Faschismus gab es ein hohes Maß an Zustimmung und Konsens. Dennoch würde, abgesehen von Carl Schmitt und seinen Anhängern, wohl niemand diese Herrschaftsform als demokratisch bezeichnen. Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat und Gleichheit vor dem Gesetz fordert auch der Liberalismus. Das ist kein genuin demokratisches Ideal. Die moderne Demokratie ist dagegen eine Herrschaftsform, die ihre Legitimation aus dem ursprünglichen und unveräußerlichen Recht des Volkes auf Selbstbe-

stimmung ableitet, das sich als verfassunggebende Gewalt manifestiert.

Verfassungsfragen sind, wie Ferdinand Lassalle 1862 erklärte, ursprünglich keine Rechtsfragen, sondern Machtfragen. Idealerweise kommen in Verfassungen die wirklichen, in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse zum Ausdruck (Lassalle 1919 [1862], 78). Ist dies nicht mehr der Fall, kann sich das souveräne Volk eine neue Verfassung geben. Daher macht sich der französische Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon für eine neue Verfassung stark, die demokratischer zu sein verspricht als die von ihm ›monarchisch‹ genannte Verfassung der V. Republik (Mélenchon 2016).

Warum entsteht aber Populismus? Populistische Wellen sind, so die Verfasser (vgl. 107f.), Reaktionen auf Modernisierungsprozesse, wobei man hinzufügen sollte: auf zu rasche oder als zu rasch empfundene Modernisierungsschübe. Diese Einschränkung ist nicht unwichtig, denn populismusaffine Wähler sind keine Anti-Modernisten. Aber sie wollen, wie es einmal in der SPD hieß, dort ›abgeholt‹ werden, wo sie stehen: im geografischen und mentalen *heartland* (Paul Taggart) eines Landes, in einer als gut und richtig empfundenen Lebenswelt, die von unterschiedlichen Akteuren und Prozessen in Frage gestellt und bedroht wird. Da die Linke es nicht mehr vermag, ihre traditionellen Wählermilieus anzusprechen, wenden sie sich, häufig als Protestwähler, anderen Sprachrohren zu.

Der vielfach thematisierte Wandel des Parteiensystems (vgl. 111f.) ist ein weiterer Faktor, der populistische Tendenzen begünstigt. Die Volksparteien haben sich einander angeglichen, pflegen vor allem in großen Koalitionen eine Absprachenpolitik und halten sich für alternativlos.

Vor diesem Hintergrund mobilisieren populistische Parteien nicht nur die von Statusverlust bedrohten Mittelschichten, sondern zunehmend auch die neuen Unterschichten im Dienstleistungsproletariat. Unter der Fahne eines Linksautoritarismus (vgl. 116) hybridisieren sie eine linke Sozialpolitik, allerdings nur für die autochthone Bevölkerung, mit rechtem Nationalismus. Die daraus erwachsenden Konflikte innerhalb liberal- oder nationalpopulistischer Parteien hätten es verdient, näher ausgeführt zu werden. Hier liegt nämlich einer ihrer Schwachpunkte. Sie müssen die unterschiedlichen, teilweise konträren Erwartungen ihrer Wähler homogenisieren. Ihre Strategie beruht daher auf der Verlagerung des Gegners von oben, von den Eliten, nach außen, auf Asylbewerber und Migranten.

Populismus ist immer ambivalent. Er artikuliert berechtigte Forderungen und legt den Finger auf Fehlentwicklungen, spitzt Probleme aber

auch demagogisch zu. Dies rechtfertigt es aber nicht, aus Unkenntnis oder geistiger Trägheit den Populismus vorschnell mit Rechtsextremismus oder Faschismus gleichzusetzen. Vielmehr handelt es sich um unterschiedliche politische Familien. Die Verfasser heben umsichtig und luzide die Unterschiede, aber auch die Gefahren eines Abgleitens populistischer Kräfte in autoritäres Fahrwasser hervor.

Abschließend gehen sie auf die Frage ein, wie Populismus zu bewerten sei. Kurz und knapp: Liberale wie Nadia Urbinati lehnen ihn naturgemäß ab. Postmarxisten wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe setzen ihre Hoffnungen in ihn. Vermittelnde Positionen betonen die Ambivalenz von Populismus. Als ›nützliches Korrektiv‹ eines verkrusteten politischen Dauerpragmatismus kann er Reformimpulse auslösen und vernachlässigte Themen auf die Agenda setzen. Er kann aber auch den Bogen überspannen und zu autoritärer Herrschaft mutieren.

Ein besonderes, von der Rezensentin geteiltes Anliegen der Verfasser ist es, die vor allem in Deutschland um sich greifende Moralisierung im Umgang mit Populismus zu problematisieren. Journalisten, Sozialwissenschaftler oder andere *opinion leader*, die qua Profession und Sozialisation überzeugte Kosmopoliten sind, entziehen sich der Ursachenforschung, weil sie ihre eigene Position für die einzig vernünftige und richtige halten. Wer ihnen nicht zustimmt, kann *eo ipso* keine rationalen Gründe haben, sondern entlarvt sich als das, was man früher ›Canaille‹ nannte und heute ›Pack‹ zu nennen beliebt. Warum ist Populismus dann aber so erfolgreich? Gut gemeinter Antipopulismus, so die Autoren, argumentiere von vornherein normativ und verdränge die Frage nach gesellschaftlichen Machtverhältnissen, die populistische Revolten verursachen (vgl. 158).

Abschließend spannen die Verfasser noch einmal den Bogen zu ihrer Diagnose, Populismus sei eine Reaktion auf nicht eingehaltene Versprechen der Demokratie. Was aber verspricht denn Demokratie? Es ist problematisch, den Begriff der Demokratie zu einem inhaltsleeren Schlagwort zu verdünnen, in das unterschiedliche Bedeutungen hineingelegt und mit utopischen Erwartungen überfrachtet werden. Demokratie verspricht weder Heil noch Erlösung (Canovan 1999), weder soziale Gerechtigkeit noch materielle Gleichheit, auch nicht die Abschaffung von Eliten. Sie verspricht ›nur‹ eines: Selbstbestimmung und Autonomie. Gegenwartsdiagnostisch ist den Verfassern zuzustimmen: Die zwei Säulen der modernen Demokratie ergänzen einander nicht mehr, sondern stehen sich zunehmend feindlich gegenüber. Hier eine liberale Postdemokratie, die sich in der Wagenburg des Rechtsstaats verschanzt, dort der anbrandende, ungefilterte

Volkswille, der sich anschickt, diese Bastion zu schleifen. Sind Populisten aber an der Macht beteiligt, zeigt sich rasch, dass die Suppe nicht gar so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde.

Das vorliegende Werk ist ein engagiertes, anspruchsvolles Plädoyer für eine rationale Auseinandersetzung mit Populismus und seinen Ursachen. Die Verfasser sind auf der Höhe der Forschung und stellen deren Ergebnisse übersichtlich und konzis dar. Mein einziger Einwand lautet: *Too much!* Die Verfasser tendieren dazu, ihr als Einführung konzipiertes Buch mit zu vielen Autorenmeinungen und Kurzdarstellungen dieser oder jener Position zu überfrachten. Was Nietzsche oder Scheler zum Ressentiment gesagt haben, ist allemal interessant, hier aber eher eine Abschweifung. Bei Lesern und Leserinnen ohne philosophische oder sozialwissenschaftliche Vorkenntnisse könnte sich der Eindruck eines theoretischen *Overkill* einstellen. Und das wäre schade.

⇒ Literaturverzeichnis

Canovan, Margaret (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. in: Political Studies, 47 (1), 2–16.

Forsthoff, Ernst (1971): Der Staat der Industriegesellschaft, München: Beck.

Forsthoff, Ernst (1976): Rechtsstaat im Wandel. Verfassungsrechtliche Abhandlungen 1954–1973, hg. von Klaus Frey, München: Beck.

Lassalle, Ferdinand (1919): Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 2, hg. von Eduard Bernstein, Berlin: Paul Cassirer.

Mélenchon, Jean-Luc: Mélenchon explique la 6ème République, 05.12.2016. <https://www.youtube.com/watch?v=LGChkaB0juk>. (abgerufen am 16.05.2018)

Mény, Yves / Surel, Yves (Hg.) (2002): Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Karin Priester, *1941, Prof. Dr., emeritierte Professorin mit dem Schwerpunkt Politische Soziologie, Institut für Soziologie, Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (priestek@uni-muenster.de).

Zitationsvorschlag:

Priester, Karin (2018): Rezension: Populismus – vom Begriff zum Unwort. Dirk Jörke und Veith Selk führen in den Populismus ein. (Ethik und Gesellschaft 1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2018-rez-7> (Zugriff am [Datum]).

**ethikundgesellschaft**
ökumenische zeitschrift für sozialetik**1/2018: »... auf den Schultern von Karl Marx«**

Christoph Deutschmann

Die Marx'sche Klassentheorie – oft totgesagt, aktueller denn je

Peter Bescherer

Deklassiert und korrumpiert: Das Lumpenproletariat als Grenzbegriff der politischen Theorie und Klassenanalyse von Marx und Engels

Christian Grabau

Gleichheit und Gleichgültigkeit

Matthias Möhring-Hesse

Gerechtigkeit ermöglichen. Politische Ethik und materialistische Gesellschaftsanalyse

Markus Rieger-Ladich

Mundgeruch und Achselschweiß. Ideologiekritik nach Marx

Bruno Kern

Karl Marx im Zeitalter der Ökologie

Andreas Mayert

Marx, Ökomarxismus und Postwachstumstheorie

Philipp Geitzhaus

Karl Marx begrüßt die Politische Theologie. Zur Kritik der neuesten politischen Theologie